

Die „Welt“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Verkaufspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 15,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Vorkauf nehmen sämtliche Vorkaufstellen Bestellungen entgegen. Unter Drucklegung für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. jährlich. Salzwasserzuschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 2,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 30a.

Die achtzehnjährigen Kompartistengelder oder deren Waisen haben 2,- M. einschließlich Feuerungsgeld. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Feuerungsgeld. Große Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Verlags-Anzeigen 3,20 M. netto pro Zeile. Verlags-Anzeige in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2039, 2645, 4518 4602, 4625, 4648, 4821.

# WELT

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Millerand über Spaa Frankreichs Ziele

Paris, 20. Juli.

In der heutigen Nachmittags-Sitzung der französischen Kammer ergriff Ministerpräsident Millerand das Wort, um Mitteilungen zu machen über die Art, wie die französische Regierung die Interessen Frankreichs in Spaa verteidigt habe. Aber nicht nur diese Interessen habe die Regierung vertreten, sondern auch die Interessen der Staaten, deren Wiedergeburt sie begünstigt habe, und die neu entstanden sind, nämlich Polen und die Tschechoslowakei. Die Alliierten seien der Ansicht, daß die türkische Regierung die Regierungen, die die Türken seit einem halben Jahrhundert unterkriegt hatten, verraten habe. In Anbetracht der verabscheuungswürdigen Massakres sei es nicht möglich gewesen, unter der ottomanischen Herrschaft Millionen von Menschen zu belassen. Der Friedensvertrag mit der Türkei werde deshalb aufrechterhalten. Was Syrien anbetreffe, so habe die englische Regierung mit vollkommener Loyalität erwirkt, daß es Frankreich allein zufalle, das Mandat über Syrien zu erhalten. Millerand besprach sodann die polnische Frage und erklärte, die Konferenz von Spaa habe sich bemüht, die Lezhener und Danziger Frage zu regeln.

Die Konferenz habe sich aber auch eingehend mit den Nachwirkungen der Lage beschäftigt, die in Polen durch den Krieg mit Sowjetrußland geschaffen worden sei. Die französische Regierung habe erklärt, daß sie mit der Sowjetregierung erst dann in Verbindung treten wolle, wenn letztere gewisse Vorbedingungen erfüllt haben würde. Die französische Regierung verfolge mit Sympathie die von Lloyd George zwecks Abschlußes eines Waffenstillstandes angeführten Verhandlungen und wünsche ihnen Erfolg. Aber heute vormittag habe der französische Botschafter in London mitgeteilt, daß ihren Gewohnheiten entsprechend die Sowjetregierung mit Juppertineuz auf die Mitteilung geantwortet habe, die Lloyd George an sie richtete. Lloyd George habe den Sowjets mitgeteilt, daß, wenn sie keinen Waffenstillstand annehmen würden, Großbritannien und seine Alliierten Polen mit allen Kräften unterstützen würden. (Starker Beifall. Widerspruch auf der äußersten Linken.)

Nachdem sich der Beifall gelegt hatte, sah Millerand fort, Frankreich werde sein Wort halten, wie auch sicher sei, daß England dem künftigen tren bleiben werde. General Wrangel habe gegen die Bolschewisten in der Krim Erfolge erzielt, wo tatsächlich eine Regierung vorhanden sei, die die Sympathie der Bevölkerung habe und eine Agrarreform bekommen habe. Der Ministerpräsident geht dann zur Besprechung der Verhandlungen mit den deutschen Delegierten in Spaa über, die den Zweck gehabt haben, die Ausführung des Friedensvertrages von Versailles sicher zu stellen. Frankreich sei weit entfernt von dem Gedanken, sich in die innere deutsche Politik einzumischen. Den Vertrag von Ver-

sailles habe das Deutsche Reich anerkannt. Man werde nicht versuchen, es heimlich zu demolieren. Frankreich werde sich nicht in separatistische Intrigen einlassen (Widerspruch), aber die Alliierten wünschten, daß die verschiedenen Elemente in Deutschland sich frei entwickeln könnten, ohne von der preussischen Hegemonie bedroht zu werden, deren Triumph beinahe das Totengeld der Zivilisation gewesen wäre und der Ruin Deutschlands. Deshalb habe die französische Regierung in München bei dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten einen Gesandten ernannt. Die Tätigkeit dieses Gesandten werde die Tätigkeit des französischen Botschafters verstärken. Laurent sei von der französischen Regierung deshalb als Botschafter für Berlin ausgesprochen worden, weil die französische Regierung habe zum Ausdruck bringen wollen, das Hauptziel ihrer Politik sei, normale wirtschaftliche Beziehungen mit Deutschland wieder herzustellen.

Ministerpräsident Millerand fährt fort: Um zu einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Deutschland zu gelangen, ist die erste Bedingung, daß Deutschland auf alle kriegerischen Anwandlungen verzichtet. Deshalb ist auch die Frage der Entwaffnung Deutschlands in Spaa an erster Stelle behandelt worden. Der Ministerpräsident erinnert sodann an die Straffestimmungen, die in das Abkommen eingeschrieben wurden, also an die Besetzung des Ruhrgebiets. Er erklärt im einzelnen, wie die von Deutschland zu erwartende Entschädigungssumme unter die Alliierten verteilt werden solle. Die Alliierten hätten erklärt, daß es im allgemeinen Interesse liege, den Gesamtbetrag der zu Lasten Deutschlands gehenden Entschädigungssumme festzusetzen und von ihm Jahreszahlungen zu verlangen. Deutschland solle die Möglichkeit gegeben werden, sich von seiner Schuld zu befreien, indem man Anleihen ankündige, die befreit seien, sowohl für die Tilgung seiner Schuld, wie für seine wirtschaftliche Wiedererhebung. Nachdem Millerand sodann das Protokoll, das in bezug auf die Kohlenlieferung unterzeichnet wurde, verlesen hatte, sagte er: Deutschland hat im Januar 497 000 Tonnen Kohle geliefert, im Februar 604 000 Tonnen, im März 583 000 Tonnen, im April 660 000 Tonnen, im Mai 942 000 Tonnen und im Juni 855 000 Tonnen. Nach der neuen Verpflichtung haben wir ein Anrecht auf einmahl fünf Millionen Tonnen im Monat. Von Polen können wir erwarten 150 000 Tonnen Kohle und Teer. Das Frankreich der alten Grenze wolle allein mit dem, was wir von Amerika, England und Belgien erhalten, auf 4 200 000 Tonnen monatlich rechnen, also auf 80 Prozent seines normalen Bedarfs. Millerand sagte dann, er könne die Kritik, die geübt wurde, versichern.

### Vertrauensvotum für Millerand

Paris, 20. Juli.

Die Kammer hat dem Ministerium Millerand mit 420 gegen 152 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

## Deutsche Neutralitätserklärung

Berlin, 20. Juli (Amtlich).

In der morgigen Nummer des „Reichsanzeigers“ wird nachstehende Bekanntmachung des Reichspräsidenten veröffentlicht:

„In den zwischen der polnischen Republik und der russischen Sowjetrepublik entstandenen kriegerischen Verwicklungen hat Deutschland, das sich mit beiden Staaten in Friedenszustand befindet, bisher volle Neutralität beobachtet und wird diese Neutralität auch weiterhin beobachten. Ich weise demzufolge darauf hin, daß für jedermann im Reich und für die Deutschen im Ausland die Verpflichtung besteht, sich aller Handlungen zu enthalten, die der Neutralität Deutschlands zuwiderlaufen.“

Diese Bekanntmachung wird den Regierungen in Warschau und Moskau amtlich zur Kenntnis gebracht.

Die offizielle deutsche Neutralitätserklärung im polnisch-russischen Konflikt ist zu begrüßen. Sie entspricht durchaus der Stellung Deutschlands den beiden Mächten gegenüber. An dieser Neutralität muß aber auch unter allen Umständen festgehalten werden, besonders im Hinblick auf die Möglichkeit, daß die Alliierten etwa Munitions- oder Truppentransporte zur Unterstützung Polens durch Deutschland zu leiten beabsichtigen.

## Kabinett und Entwaffnung

Berlin, 20. Juli. (Amtlich.)

Das Reichskabinett hatte heute in Anwesenheit des Reichspräsidenten die Besprechungen über die Beschlüsse von Spaa fort. Der Hauptpunkt der Erörterungen war die Frage der Entwaffnung, deren technische Durchführung sehr eingehend, auf Grund eines vom Reichsminister des Innern vorgelegten Gesetzentwurfes, besprochen wurde.

Die Reichswehr muß nach dem Vertrage von Spaa zum 1. Oktober auf einhundertfünzigtausend Mann, gegliedert in zehn Reichswehrbrigaden und drei Kavalleriedivisionen zurückgeführt sein. Am 1. Januar 1921 muß die im Verlaufe des Jahres vorgeschriebene Stärke von einhunderttausend Mann, gegliedert in sieben Infanterie- und drei Kavalleriedivisionen, erreicht sein. Die Bildung der drei Kavalleriedivisionen

ist, wie gemeldet wird, zur Zeit schon durchgeführt. Die sieben Infanteriedivisionen sollen in ihrer vertragsmäßigen Form bereits zum 1. Oktober dieses Jahres gebildet werden. Die fünfzigtausend Mann, die vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1920 noch beibehalten werden können, werden in weitere drei Reichswehrbrigaden (zwei im Wehrkreis 3 und eine im Wehrkreis 4) oder in kleinen Formationen, die den Divisionen angegliedert werden, untergebracht. Zum 31. Dezember 1920 werden auch diese mit den bestehenden verformiert. Bei der Herabminderung soll angestrebt werden, daß eine gleichmäßige Verringerung in allen Wehrkreisen stattfindet, so daß eine Benachteiligung eines Truppenteils nicht möglich ist. Ueber die Art der Verlegung der auscheidenden Reichswehrtangehörigen schweben noch Verhandlungen.

## Russische Vertretung in Wien

Wien, 20. Juli.

In aller nächster Zeit wird in Wien eine Mission der russischen Sowjetregierung, bestehend aus dem bevollmächtigten Vertreter und 2-3 weiteren Delegierten eintreffen. Diese Mission hat in Oesterreich die gleichen Aufgaben zu erledigen, wie die Mission Wladimir Koppys in Berlin. Nach hiesiger amtlicher Auffassung ist aber an eine Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen Oesterreich und Rußland vor Unterzeichnung des Vertrages zwischen England und Rußland kaum zu denken.

## Internationaler Gewerkschaftsboykott gegen Polen

Stockholm, 19. Juli.

In einem Rundschreiben fordern die russischen Gewerkschaften die Gewerkschaften aller Staaten an, gegen Polen, wegen dessen Zerkürungen von Städten und Fabrikanlagen beim Rückzug und wegen der Erschießung russischer Arbeiter den gleichen Boykott zu verhängen wie gegen Ungarn.

Neue Unruhen in Dalmatien. Aus Spalato wird gemeldet, daß dort eingetroffene Reisende aus Zara und Sebenice von großen Unruhen in diesen Orten berichteten, die sich gegen die serbische und kroatische Bevölkerung richteten. Italienische Bananen durchkäufte die beiden Städte und richteten unter jugoslawischem Eigentum große Verheerungen an, denen gegenüber die ungarischen Behörden völlig gleichgültig sich verhielten.

## Kapitalistische Pläne in Spaa

Die offene und sachliche Art, mit der Minister Simons gestern vor den Vertretern der Presse über den Verlauf der Verhandlungen in Spaa sprach, hat eine wesentliche Klärung der noch ungelösten Fragen gebracht, die durch die völlig mangelhafte und tendenziöse amtliche und die meist systematisch verheerende journalistische Berichterstattung entstanden war. Der Minister hat zunächst sich nicht nur nicht geschämt, ganz offen zu erklären, daß die deutsche Delegation in Spaa sich zum Schluß nicht habe davon überzeugen können, daß die Kohlenforderungen der Entente wirtschaftlich unerfüllbar seien. Diese Feststellung ist völlig neu und läßt den Verlauf und die Resultate der Verhandlungen in wesentlich anderem Lichte erscheinen. Der Minister hat diese Feststellung etwas näher erläutert. Er erklärte, daß er zuerst die Ueberzeugung gehabt habe, daß die Erfüllung der Forderungen der Entente unmöglich sei, doch seien ihm nachträglich Zweifel darüber gekommen, ob das Zahlenmaterial der Sachverständigen nach allen Richtungen hin ausschlaggebend und ihre Ansichten unbedingt richtig seien. Er sei besonders auf zwei Faktoren hingewiesen worden, die in den Berechnungen der Kohlenfachverständigen gefehlt hätten: einmal die Möglichkeit, durch verstärkte Heranziehung der Braunkohleproduktion den durch die Entente unbedingt geforderten Ausfall an Steinkohlen zu ersetzen, zum andern aber die Tatsache, daß über den Kopf der amtlichen Kohlenverteilungsstellen hinweg in großem Umfange deutsche Steinkohle verschoben worden sei.

Diese Feststellung, die, wie der Minister mitteilen konnte, auch in Berlin nachträglich durch einen Kabinettsbeschluss, der eine Neuorganisation und bessere Kontrolle der Kohlenherzeugung ins Auge faßt, völlig gerechtfertigt worden ist, ist eine schwere Anklage gegen die deutschen Kohlenfachverständigen, und zwar weniger gegen die Arbeitervertreter als gegen die Vertreter der großen Beten. Herr Stinnes hat ebenjot und besser als der Minister Simons gewußt, daß ein Erfolg an deutscher Braunkohle möglich war, er hat vor allem aber viel besser und genauer als der Minister wissen müssen, wieviel deutsche Steinkohle allmonatlich sich der amtlichen Kohlenverteilung entzieht und verschoben wird. Herr Stinnes hätte den Minister Simons sehr genau darüber aufklären können, nicht nur, wie groß diese Mengen sind, sondern auch, wohin sie geraten, wer sie verschleibt, und wer den Profit aus dieser Schleichhandelskohle zieht. Herr Stinnes wird ja Gelegenheit haben, im Reichstage sich zu rechtfertigen gegenüber dem schwereren Vorwurf, den die Feststellung des Ministers des Auswärtigen in dieser Frage enthält. Zwei Möglichkeiten gibt es, entweder Herr Stinnes hat als Hauptteilhaber an den Profitten der illegal verteilten Kohle seine privaten Interessen bei seinem Sachverständigen-Gutachten soweit in den Vordergrund geschoben, daß er absichtlich diesen Faktor der Schleichhandelskohle herausstieß und dadurch seiner Privatinteressen willen die Uebertreibung der Kohlenforderung der Entente und damit die Gefahr einer Besetzung des Ruhrgebiets heraufbeschwor, oder aber, Herr Stinnes hat überhaupt die Besetzung des Ruhrgebietes herbeiführen wollen.

In diesem Zusammenhang darf nicht unerwähnt bleiben, was bereits während der Verhandlungen in Spaa in großindustriellen Kreisen als Ansicht verbreitet war, daß nämlich Herr Stinnes und die übrigen Kohlenmagnaten ganz systematisch eine Besetzung des Ruhrgebietes anstrebten. Es ist notwendig, sich heute daran zu erinnern, daß Herr Stinnes sich kurz vor dem Beginn der Verhandlungen in Spaa in Brüssel mit Millerand eingehend über die Frage des Wiederaufbaues unterhalten hat und daß Millerand angeblich von dieser Unterredung höchst befriedigt gewesen sei. In der Ententepresse und auch bei den amtlichen Stellen der Entente ist infolgedessen mehrfach die Ansicht laut geworden, daß der große Plan, den Stinnes in der Schaffung eines großen einheitlichen deutsch-französischen Kohlengebietes von der Normandie über das Rheinland bis nach Elsass-Lothringen Herrn Millerand vorgebracht hat, die Besetzung des Ruhrgebietes durch französische Truppen als Eventualfall miteinschloß.

Wir wollen es uns ersparen, nach den Mustern der „nationalen“ Presse zu diesen Plänen ein Geschrei über Land und Meer zu erheben; dagegen hat die deutsche wie die französische Arbeiterschaft das größte Interesse daran, diesen Plänen die höchste Aufmerksamkeit zu widmen. Die Besprechungen zwischen Millerand und Stinnes sind keineswegs rein platonischer Natur gewesen. Unsere französischen Genossen haben mehrfach darauf aufmerksam gemacht, daß sie der Anwesenheit des französischen Stinnes, des Herrn Laurent als Botschafter in Berlin, mit größtem Mißtrauen gegenübersehen. All diese Vorbereitungen zeigen, und die Verhandlungen in Spaa bestätigen jedem, der zu sehen weiß, daß hier der Beginn gewaltiger kapitalistischer Aktionen liegt, die nicht nur eine ungeheure kapitalistische und industrielle Konzentration der kapitalistischen Produktion anstrebt, sondern die auch als internationale Organ-

fakten über die deutsch-französische Grenze hinüber ihr letztes Ziel in der Unterdrückung der siegreich vorwärts schreitenden Arbeiterbewegung sieht. Diese Gefahr ist um so größer, je länger die sozialistischen Arbeiter aller Länder zögern, eine aktionskräftige, selbst für die größten wirtschaftlichen und politischen Aufgaben reife internationale Organisation zu schaffen.

## Die Politik des Außenministers

Zur Ergänzung der Ausführungen, die der Reichsminister Simonson vor den Vertretern der Presse von den Verhandlungen in Spa gemacht hat, ist noch folgendes nachzutragen: Zu den militärischen Fragen erklärte der Minister, daß sie von vornherein so verfahren worden sind, daß wir alles annehmen mußten, was die Gegner uns vorschrieben. Wir fanden vor einer Alternative. Entweder wir erfüllten entsprechend den uns im Friedensvertrag auferlegten Bedingungen die Forderungen, die die Entente uns mit vollem Recht auferlegt, oder wir nahmen die uns angebotenen verlängerten Fristen an. Diese Fristen sind ohne Frage zu kurz, aber wir haben doch erreicht, daß wir nun zur Durchführung der Entwaffnung drei Monate gewonnen haben, und die Frist für die Herabsetzung der Reichswehr auf sechs Monate verschoben ist. In dieser Frist läßt sich viel tun, um der anderen Seite Beweise für den guten Willen zur Erfüllung des Friedensvertrages zu geben. Nach meiner Meinung müssen wir es auch in der militärischen Frage nicht bei dem Ergebnis von Spa bewenden lassen, sondern mit aller Energie darauf hinwirken, daß wir in Verbindung mit den Alliierten eine richtige Erledigung in der Entwaffnungsfrage durchsehen. Wir allein können es nicht mehr, sondern nur mit den Alliierten, und wir müssen ihren Beistand erbitten in der Form, wie sie ihn am besten leisten können durch guten Rat wohlunterrichteter Offiziere. Meine Pläne gehen dahin, daß wir uns von einer Macht, die in ähnlichem Verhältnis ist wie wir und schwere innere Kämpfe durch eine nicht zu kriegerischen Zwecken verwendbare Macht niederhalten muß, nach jeder Richtung Unterstützung erbitten. Ich denke dabei an Belgien, namentlich in den englischen Kolonien, die weit befestigt sind, wo die Polizeimacht mit Leuten zu tun hatte, die derselben Rasse angehören, und die als Menschen gleichberechtigt gegenüberstehen. Es wird nach dieser Richtung hin im Auswärtigen Amt nichts versäumt werden, um das durchführbar zu machen, was wir in Spa haben unterschreiben müssen.

Der Minister behandelte dann ausführlich die Kohlenfrage und besonders die dabei getroffene Preisregelung. Die ursprüngliche Forderung der deutschen Delegierten, für jede Tonne den Inlandspreis auf die Wiedergutmachung angerechnet und die Differenz vom Inlandspreis bis zum Weltmarktpreis in bar zu erhalten, konnte, wie der Minister zugab, von den Alliierten deshalb nicht erfüllt werden, weil die französische Regierung die Zustimmung ihres Parlaments zu dieser Forderung nicht hätte erhalten können, da die Finanzen in Frankreich eine solche Last nicht mehr tragen konnten und England Frankreich zu diesem Zweck hätte Kredite geben müssen. England hat es aber vorgezogen, lieber Deutschland diese Kredite zu gewähren und deshalb sei verständlich, daß Deutschland über den Inlandspreis hinaus nur eine Prämie von 5 Goldmark erhalten soll, daß ihm aber die Differenz vom Inlandspreis plus 5 Goldmark in Form eines Vorschusses, und zwar im wesentlichen auf englische Kosten, gesehen würde. Der Minister betonte dann noch, daß eine wesentliche Vorbedingung für die Einhaltung der Lieferungsverpflichtungen eine stärkere Belieferung Deutschlands mit oberirdischer Kohle sei.

Besonders bemerkenswert waren die Ausführungen, die der Minister im Rückblick auf die bisherige Außenpolitik der Regierungen Baur und Müller machte. Er betonte, daß die Regierung den entschlossenen Willen habe, den Friedensvertrag auszuführen. Die früheren Regierungen hätten nicht mit der nötigen Pünktlichkeit für die Erfüllung der Friedensverpflichtungen gesorgt. Es sei unmöglich, jetzt an eine Revision des Friedensvertrages zu denken. Der Minister fuhr fort: Gerade meine Stellung wäre bei einer solchen Politik unhalbar. Nachdem ich wegen der Unterzeichnung des Versailler Vertrages aus dem Amt geschieden bin, kann ich als Minister nicht anders handeln, als daß ich mich mit äußerster Kraft für seine Erfüllung einsetze. Wenn wir die Entente von unserem festen Willen überzeugt haben, und wenn sie sieht, wie trotz dieses festen Willens die Erfüllung des Vertrages an dessen Unmöglichkeit scheitert, so wird sich, das hoffe ich, die Revision von selbst ergeben. Das ist meiner festen Überzeugung nach die einzige Politik, die die deutsche Regierung und das deutsche Volk treiben können.

## Ein neuer Spigel-Kommissar

Die Reichsregierung ist offenbar mit ihrem Material an Spigelnachrichten, das der Staatskommissar für öffentliche Ordnung ihr zur Verfügung stellt, noch nicht zufrieden. Sie hat sich deshalb einen besonderen Reichskommissar für die öffentliche Ordnung angestellt. Ein neues Heer von Spigeln wird also von dieser neuen Dienststelle losgelassen werden, und da es Ehrensache, und zwar finanzielle Ehrensache eines Spigels ist, möglichst viel und möglichst belastende Berichte zu liefern, so wird die Presse, so werden die Regierungsstellen aufs neue mit einer Fülle von Spigelmaterial übersutet werden. Dabei haben sich bereits Kompetenzstreitigkeiten zwischen den beiden Kommissaren für die öffentliche Ordnung ergeben, denn selbstverständlich hält jeder sich für den einzig klugen und richtig informierten. Die Folge wird sein, daß die Aemter und die Presse mit den widersprechendsten Berichten versorgt werden. Es hat sich den Umständen, als ob die Regierung ihre einzige positive Arbeit im Leben der Spigelberichte sämtlicher Kommissariate für die öffentliche Ordnung sieht. Wo wirklich etwas festzustellen ist, da kommen selbstverständlich die Organe der Staatskommissare nicht hin oder sie brauchen erstaunlich lange Zeit zu den einfachsten Feststellungen. So konnte der nach Arnswalde entsandte Staatsanwalt noch immer nichts feststellen über die reaktionäre Putschorganisation des Hauptmanns Pfeffer, obwohl wir bereits in der Lage waren, genaue Daten und unwiderlegbare Dokumente zu veröffentlichen.

## Ein aufgewärmter Putsch-Schwindel

Ausgerechnet das Berliner Tageblatt hielt es am Montag für seine Pflicht, die längst als reaktionäre Sache erwiesenen Nachrichten über kommunistisch-unabhängige Putschvorbereitungen in Hamburg noch einmal aufzuwärmen. Der Mangel an Nachrichten hat den Hamburger Korrespondenten des Blattes veranlaßt, aus vergilbten Zeitungen dies sogenannte Material zusammenzusuchen. Um die Sache aktuell zu machen, hat die Berliner Redaktion sich dann beim Staatskommissar für öffentliche Ordnung erkundigt, dort hat man ihr versichert, daß man das Material kenne, daß die Organisation aber keineswegs so umfangreich sei, wie es die Nachrichten darzustellen versuchen. Man könne gegen die bestehenden Organisationen nicht einschreiten, da es Beweismaterial gegen sie nicht gäbe.

Wahrscheinlich das Material in den Papierkorb zu werfen, hat das Berliner Tageblatt mit einem Schwanz salomonischer Sprache den Schwindel dennoch keinen Belohnung vorgelegt. Jetzt muß der Vertreter der Reichsregierung feststellen,

daß nach amtlichen Auskünften, die die Senatskommission in Hamburg erteilt hat, dort überhaupt nichts von diesen Organisationen bekannt ist, daß aber trotzdem eine Untersuchung der Angelegenheit eingeleitet wird. Diese Untersuchung wird natürlich ergebnislos verlaufen, weil die Spigel sich immer unsichtbar zu machen wissen, wenn sie für ihre Behauptungen gerade stehen sollen. Das Gemeingefährliche dieses ganzen Treibens liegt aber darin, daß die Blätter, die die verlogenen Nachrichten in großer Aufmerksamkeit bringen, ihren Lesern die amtlichen Nachrichten verschleiern. Dieses Gebahren ist einfach gewillkürlos. Es ist politische Brunnengiftung schimmiger Art, die um so schwerer ins Gewicht fällt, wenn sich ein sogenanntes demokratisches Organ dazu hergibt.

## Eine Anfrage

Die Verfassung soll jedem deutschen Staatsbürger das Recht der freien Meinungsäußerung zusichern, d. h. er kann, wo immer er will, in Versammlungen, in Büchern oder in der Presse, seine moralischen, politischen, literarischen oder sonstigen Anschauungen zum besten geben. Seine Stellung kann auf dieses Recht nicht den geringsten Einfluß haben, da sonst seine staatsbürgerlichen Rechte verletzt werden. Dieser Tage hat im Auswärtigen Amt die nachfolgende Verordnung bei allen Beamten und Angestellten des Auswärtigen Amtes die Runde gemacht:

§. 5037.

Ein besonderer Fall gibt mir Anlaß, die im Auswärtigen Amt bestehende Bestimmung in Erinnerung zu bringen, daß alle Artikel und Aufsätze politischen Inhalts, welche von Angehörigen des Auswärtigen Amtes unter ihrem Namen veröffentlicht werden, zunächst dem Dirigenten der Abteilung zur Genehmigung vorzulegen sind.

Berlin, den 4. Juli 1920.

geh. Dehn. Schmidt.

Wir sind begierig zu vernehmen, was der Reichsminister des Auswärtigen zu diesem unerhörten Uebergriff seiner Beamten zu sagen hat. Wir hoffen, daß er Gelegenheit nehmen wird, entsprechend seinen Erklärungen, durch energische Maßnahmen dafür Sorge zu tragen, daß dieser Erlaß aufs schleunigste beseitigt und das verfassungsmäßig festgelegte Recht der freien Meinungsäußerung auch für die Beamten des Auswärtigen Amtes sichergestellt wird.

## Wahrheit und Dichtung

Das Wolffsbureau meldet unter dem 20. Juli aus Marburg: „Nachdem die Studenten der hiesigen Universität gestern vormittag gegen Kultusminister Haenisch eine Protestkundgebung veranstaltet hatten, beriefen die Arbeiter gestern nachmittag eine kommunistische Versammlung auf dem Marktplatz ein. Der größte Teil der Marburger Studenten war zu dieser Versammlung ebenfalls erschienen, und als der kommunistische Redner seine Rede beendet hatte, stimmten die Studenten das Lied „Deutschland, Deutschland über Alles“ an, worauf es zwischen den Studenten und den Arbeitern zu Schlägereien kam. Um 10 Uhr abends zog die gesamte Marburger Studentenschaft durch die Straßen der Stadt, vaterländische Lieder singend. Auch hierbei kam es zu Zusammenstößen, wobei ein Schutzmann durch Stockschläge schwer verwundet wurde.“

Dieser Bericht ist übelste Stimmungsmache, dem Wolffsbureau, das sich in den letzten Tagen wieder zum Verbreiter von Putschschlägen gemacht hat, aber durchaus würdig. Die Studenten hatten am Vormittag eine Kadaverkundgebung, in der sie den Arbeitermördern von Bad Tölz eine Huldigung darbrachten. Am Nachmittag protestierten die Arbeiter gegen das Treiben dieser Nordpatrioten, die Studenten antworteten mit einer Schlägerei. Das ist die Wahrheit. Um die Arbeiterschaft zu diskreditieren, die Nordstudenten zu verherlichen, blickt das W. T. B. der Versammlung kommunistische Tendenzen an.

## Eine ehrenwerte Gesellschaft

Nach dem Kapp-Putsch hat sich in Deutschland eine Offiziersvereinigung der Republik gebildet, die sich das Ziel gesetzt hat, alle „verfassungstreuen Offiziere zur Befreiung der republikanischen Idee und des demokratischen Gedankens“ zusammen zu fassen. Diese Organisation hat sich natürlich sofort den Hof der monarchistischen Offiziersvereinigungen zugezogen. Deren Mitglieder beziehen von der Republik wohl herzlich gern ihr Gehalt, denken aber im übrigen meist alle wie der Kappoberst v. Ledebur, der erklärte, er brähe jederzeit zwischen 8 und 9 Uhr sämtliche Eide, die er der Republik zwischen 7 und 8 Uhr geschworen habe. Als vor etwa 14 Tagen die Offiziersvereinigung der Republik an den Marschall Foch eine Eingabe richtete, die noch in Frankreich befindlichen deutschen Kriegesgefangenen endlich freizugeben, nahm der Deutsche Offiziersbund in seiner Wochenschrift, dem „Deutschen Offiziersblatt“, in der häßlichsten Weise dazu Stellung. Er nannte die Eingabe eine „Demütigung vor Foch“, sprach von „verlorenem Schamgefühl“, von einem „Gefühl des Eids“ und anderen schönen Dingen.

Wie unfair die politischen Mittel dieser Gesellschaft sind, die sich annahm, die berufene Führerin des deutschen Volkes zu sein, wie wenig diese Leute geeignet sind, von verlorenem Schamgefühl und dergleichen zu reden, das mag nun durch folgenden Fall der Deffektivität gezeigt werden:

In einer Polemik gegen die Offiziersvereinigung der Republik schrieb das „Deutsche Offiziersblatt“, daß für deren Programm der Hauptmann a. D. Will Meyer zeichne — der „militärische Sachverständige“ der „Freiheit“. Durch diese Denunziation wollte das Blatt anscheinend jene Bogzornkimmung erzeugen, die notwendig ist, um nach bestimmtem Muster einen verhassten Pazifisten zu beseltigen. Herr Hauptmann Will Meyer, der zu unserer Redaktion absolut keine Beziehungen unterhält, schickte dem Blatte deshalb eine Verichtigung zu, die auch veröffentlicht wurde, aber mit folgendem Nachsatz:

„Wir nehmen gern hieron Kenntnis. Die von ihm ausgegangene Gründung einer republikanischen Vereinigung hat diesen Irrtum bei uns hervorgerufen, was bei der Häufigkeit dieses Namens wohl zu entschuldigen ist. Beide Meyers — der von der „Freiheit“ und der von der Offiziersvereinigung der deutschen Republik können sich übrigens die Hand reichen, sie passen zu einander.“

Das Offiziersblatt hat mit dieser Bemerkung zu der ersten Lage eine zweite hinzugefügt. Wir betonen noch einmal, daß wir weder einen militärischen Berater, noch irgend einen Mitarbeiter haben, der den Namen Meyer führt. Dem Deutschen Offiziersbund lag es nur daran, einen verhassten Mann der Pöbelkimmung preiszugeben. Deshalb zog er seine Behauptungen aus den Fingern und lieferte damit den Beweis, daß seine Tätigkeit nicht anders einzuschätzen ist, als die der deutschen nationalen Bogzornorgane, die durch nichtswürdige Denunziationen jene Stimmung erzeugen, in der all die vielen politischen Nordtaten des letzten Jahres gedeutet sind.

Keine Mobilisierung in Rumänien. Die rumänische Mission in Wien dementiert kategorisch die in letzter Zeit in der deutschen und österreichischen Presse verbreitete Nachricht über eine Mobilisierung in Rumänien. Es habe weder eine allgemeine, noch eine partielle Mobilisierung stattgefunden. Im Gegenteil werde die durch Englands Defekt angeordnete Demobilisierung unbehindert weiter fortgesetzt.

## Der Streik in Mitteldeutschland

Die Verhandlungen zwischen den Braunkohlenwerken Mitteldeutschlands und den Bergarbeitern wurden Montag abend abgebrochen, da die Arbeitervertreter das Angebot der Gruben auf Lohnerhöhung von einer Mark pro Tag für unzureichend erklärten. Eine Urabstimmung der Belegschaften der Gruben soll bis Sonnabend feststellen, ob ein Schiedsgericht angerufen oder gewerkschaftliche Maßnahmen beschlossen werden sollen. Zurzeit dauert der Streik auf den Gruben des Bornaer Reviers noch fort. Je nach dem Ergebnis der Abstimmung am Sonnabend muß mit einer weiteren Ausdehnung des Streiks gerechnet werden.

Die Notstandsarbeiten werden überall verrichtet. Wie uns mitgeteilt wird, soll bei den Verhandlungen merkwürdigerweise die Bezahlung der Notstandsarbeiten verweigert worden sein. Wir können uns keine Begründung für diese seltsame Idee vorstellen, denn die Notwendigkeit der Notstandsarbeiten gilt sowohl als Rechtfertigung für das Eingreifen der Technischen Nothilfe. Wie wertvoll die Leistung der Notstandsarbeiter in diesem Falle ist, geht daraus hervor, daß nicht einer von den 64 Kesseln des Werkes unbrauchbar geworden ist, während die Technische Nothilfe in den Kapptagen 54 Kessel unbrauchbar gemacht hat.

## Ende des Streiks in Golsa

Bei Redaktionsanfrage wird gemeldet: Die Arbeiterschaft der Grube Golsa, des Kraftwerks Jshornewitz und der dazu gehörigen Betriebe, hat in Verfolg der für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau unter Leitung des Reichsarbeitsministeriums geführten Verhandlungen beschlossen, am Mittwoch, den 21. d. M., die Arbeit wieder aufzunehmen.

Von heute ab legt die Stromlieferung nach Berlin wieder ein, zunächst jedoch nur im Umfange von 600 000 Kilowatt. Erst allmählich wird die Stromlieferung wieder ihre volle Höhe erreichen.

Deutsche Preßluft (Oberschnönewitz). Arbeitsaufnahme findet heute abend, 6 1/2 Uhr, statt.

## Zweideutige Haltung

Prag, 20. Juli.

„Pravo Lida“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem Bevollmächtigten der russischen Mission des Roten Kreuzes Gillerison. Ich habe die Hoffnung, sagte Gillerison, daß mein Streben, gute Beziehungen zwischen der Sowjetrepublik und der tschechoslowakischen Republik herzustellen, nicht nur bei der Bevölkerung sondern auch bei der Regierung Verständnis findet. Die erste Unterredung mit dem Minister Beneš hat mich darin bestätigt. Auf die Frage nach der Dauer des Krieges mit den Polen sagte Gillerison: Ich glaube, daß die Polen genötigt sein werden, um Frieden zu bitten. Die Vermittlung der Entente ist zu spät gekommen und ist überflüssig. Wo war die Entente, als wir mit Polen Frieden schließen wollten und die Vermittlung der Entente ankreben? Jetzt wird man wahrscheinlich mit den Polen selbst sprechen müssen und wohl nicht mit der jetzigen, sondern mit der künftigen Regierung, welche den Interessen der arbeitenden Klassen in Polen entspricht, die den Krieg nicht gewünscht haben.

## Die Mandatspolitik der Alliierten

London, 19. Juli, Unterhaus.

Anlässlich eines im Hinblick auf das französische Vorgehen in Syrien eingebrachten Vertragsantrages erklärte Bonar Law, das Versprechen Englands, den Arabern die Unabhängigkeit zu geben, stehe nicht in Widerspruch zu dem französischen Mandat über Syrien. Bonar Law fragte, was denn eigentlich geschehen solle, wenn Unruhen in einem Mandatarlande ausbrächen. England bemühe sich, ein unabhängiges arabisches Mesopotamien auszurichten, dennoch werde es von den Arabern angegriffen. Die französische Regierung habe nicht entgegen den Bestimmungen des Mandats gehandelt. Sie habe England verständigt, daß sie nicht beabsichtige, eine dauernde militärische Besetzung vorzunehmen. Die französischen Truppen würden zurückgezogen werden, sobald die Annahme des Mandats erklärt und die Ordnung wiederhergestellt sei.

## Fochs Bedingungen

Br. Paris, 20. Juli.

Laui Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“ hat Marschall Foch seinerseits die Waffenstillstandsbedingungen zwischen Polen und Russland entworfen und sie Millerand übergeben. Nach seinem Vorschlag soll die russische und polnische Armee auf der Linie stehen bleiben, die sie am Tage des Waffenstillstandes besetzt halten. Beiden Parteien soll es vorbehalten werden, irgendwelche Propaganda zu treiben. Die Armeen sollen unantastbar bleiben, bis die Friedensverhandlungen beginnen und die polnische und russische Grenze bestimmt ist. An dieser Grenzfestsetzung sollen auch nach Meinung von Foch, die alliierten Mächte teilnehmen.

## Ransens Rückkehr aus Petersburg

Kopenhagen, 20. Juli.

Wie „Berlingske Tidende“ aus Helsingfors meldet, ist Professor Frithjof Ransen auf der Heimreise aus Russland dort eingetroffen. Er weigerte sich im allgemeinen, über die Ergebnisse seiner Reise bezüglich der Heimbefreiung der deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen zu sprechen. Die Frage, fügte Ransen hinzu, werde bald in Ordnung sein, so daß es gelingen werde, das Schicksal der vielen Tausenden von Gefangenen in nächster Zeit zu mildern.

## Stinnes als Kriegsverbrecher

Amsterdam, 20. Juli.

Im Unterhaus wurde gestern gefragt, ob die englische Regierung nicht beabsichtige, die Aburteilung von Stinnes zu verlangen, da dieser für die Zerstörung der belgischen Bergwerke verantwortlich sei. Bonar Law erwiderte, es sei nicht beabsichtigt, weitere Namen auf die Liste der Kriegsverbrecher zu setzen. Auf jeden Fall gehe die Frage lediglich die belgische Regierung an. Uebrigens sei gegen Stinnes Reise nach Belgien kein Einspruch erhoben worden.

## Der Hungerstreik in Böhmen

Haida in Böhmen, 20. Juli.

Der Generallstreik, der von den Reichenberger Organisationen begonnen wurde, greift nunmehr auch auf das Glasindustriegebiet Haida-Steinshöhen über. Heute abend hatten die Verträuensmänner der Gewerkschaften eine Sitzung ab, in welcher beschlossen werden soll, die Arbeiterschaft morgen früh um 8 Uhr zu einer Versammlung einzuberufen und dort der Arbeiterschaft den Eintritt in den Generallstreik nahezu legen. Es gilt als sicher, daß diesem Vorhaben Folge geleistet wird und daß morgen die Arbeit in mehr als 400 Betrieben ruhen wird. Auch die Lokalblätter werden ab morgen nicht erscheinen.





# Ruhe und Ordnung

Von Dr. Julius Rojas.

Veratungsjahr in Spaal! Krachend rennen die Köpfe gegeneinander! Zahlen schwirren durch die Luft! 200 000! 150 000! 100 000! „Mit 100 000 Mann kann Deutschland seinen Bedarf an bewaffneter Mannschaft ganz bequem bestreiten“, meinen die Vertreter der Entente. „Nichts zu machen“, schreien die Vertreter Deutschlands! „200 000 Mann! Nicht einen weniger! Sonst können wir für nichts garantieren sonst bricht Deutschland tragend zusammen, sonst ergiebt sich wie rauchende Lavastrom der Volkswille über alle Lande. Nach Ruhe und Ordnung schreit die ganze Welt! Ruhe und Ordnung können aber in Deutschland nur ge- schaffen und aufrecht erhalten werden, wenn „200 000“ bewaffnete Ordnungshüter dafür aufkommen.“ „Ein starkes zuverlässiges Heer, das ist der staatsverfallende Faktor, den wir brauchen“, so schrieb die „Deutsche Tageszeitung“, die mitunter die unangenehme Gewohnheit hat, mit plumper Offenheit herauszulagen, was andere ihres Schlanges feiner und zierlicher zu umschreiben pflegen.

„Ich kenne die Weise, ich kenne den Text, ich kenne auch die Verfasser.“ Auch in der Politik regiert die Phrase, teigert das Schlagwort. Solche Phrasen und Schlagworte, mit denen es sich verhältnismäßig leicht regieren läßt, hat es zu allen Zeiten eine ganze Menge gegeben. Aber keine Phrase, kein Schlagwort darf auf ein solch ehrwürdiges Alter zurückblicken, hat sich in seinen Wirkungen so vollkommen nach dem Herzen seiner Arbeiter bewährt, wie das Schlagwort von Ruhe und Ordnung. Das ist das uralte Lied, mit dem man einflutet wenn es greint, das Volk, den großen Lämmel.

„Du weißt ja garnicht, mein Sohn mit wie wenig Weisheit die Welt regiert wird“, schrieb einst der Kaiser Ozenkierna an seinen Sohn. Der Mann konnte die Welt. Ich weiß nicht, ob schon in der Diplomatensprache seiner Zeit das Wort von Ruhe und Ordnung geprägt war. Aber auf den Ausdruck kommt es ja auch nicht an. Die Sache selbst aber existiert, seitdem es eine Menschheit gibt. Sie hat die Welt regiert, seitdem es Regierende und Regierte, Ausbeuter und Ausgebeutete, Kapitalbesitzer und Kapitalverleger gegeben. Alles Unrecht, alle Bedrückung, alles Blutvergießen: sie wurden verübt im Namen von Ruhe und Ordnung! Wer das nicht einseh, wer dagegen sich auflehnte, der war ein Feind von Ruhe und Ordnung, ein Feind des Staates und der Gesellschaft und verdiente den Tod. Mit dem Schlagwort von Ruhe und Ordnung hat man seit Jahrtausenden jedes Unrecht zu rechtfertigen gewußt. Im Namen von Ruhe und Ordnung rauchten die Schmelzhäfen, wurde Krieg und Brand, Tod und Verderben über feindselige Menschen gebracht, wurden die Völker im Zustande der Knechtung und Unterdrückung gehalten. Im Namen von Ruhe und Ordnung wurden alle Aufstrebungen, alle Empörungen, alle Revolutionen auf geistigem wie auf wirtschaftlichem Gebiete, wurden alle im Schooße der Menschheit aufkeimenden Fortschrittsversuche niedergehalten und wenn es sein mußte, mit blutiger Gewalt unterdrückt. Auch Bismarck wußte für sein Tun und Handeln keine andere Bemäntelung zu finden als Ruhe und Ordnung. Das Sozialistengesetz diente diesem Zweck. Das Zarenregiment in Rußland, das die Gefängnisse und Bergwerke Sibiriens füllte, das über das ganze russische Land einen Dunstkreis verstreute von Blut und Leichengeruch, auch dieses handelte im Namen von Ruhe und Ordnung. Von Rußland hat Deutschland gelernt, wie man unrühige Köpfe zur Ruhe bringt. Von den Folgen der Demagogieverfolgung an bis in unsere Gegenwart hinein. Dem Mosch Ruhe und Ordnung fielen ein Liebfnecht, eine Rosa Luxemburg, Helen Juchacz, Eisner, Gustav Landauer, eine Schottländer, Paasche und tausend andere zum Opfer. Auch die Tragikomödie, die sich an die Namen Kapp-Lüttich knüpft, konnte sich nur abspielen unter dem Deckmantel von Ruhe und Ordnung. „Begen Demokraten helfen nur Soldaten“, so dachten die Kapp und die Lüttich, von diesem Geiste erfüllt waren auch die Müller und Genossen, als sie sich demühten, von der Entente möglichst viel Maschinenwaffen und Geschütze zum Kampf gegen den inneren Feind herauszuschlagen. Als Sprossen dieses Geistes zeigen sich auch unsere Vertreter in Spaal, indem sie sich anstellen, als müßte Deutschland zu Grunde gehen und die Welt in Nacht und Graus versinken, wenn nicht zweihunderttausend Bewaffnete als Hüter der heiligen Ordnung ihres geheiligten Amtes walteten dürften.

Alle Rücksichtigkeit, alle Reaktion, alle politische, soziale wirtschaftliche Knechtung, kurzum, alles, was zum Wesen des Kapitalismus gehört, sie fühlen sich geeint unter dem großen weiten Mantel von Ruhe und Ordnung. Man lasse sich nicht täuschen,

daß in dieses Geschrei auch unsere Kleinbürgerlichen, angeblich demokratisch und republikanisch empfindenden Kreise mitein- stimmen. Es ist dasselbe Regiment, nur in anderer Uniformierung. Das kapitalistische Denken und Trachten ist das Ausschlag- gebende und Verbindende zwischen beiden Teilen. Was die Einen heute schon sind, möchten die andern gerne werden. Das muß immer und immer wieder in die Gehirne der Massen hinein- gehämmert werden: Reaktion und Kapitalismus, sie sind ein und dasselbe, aus ein und demselben Holze herausgewachsen. Keine liberale, demokratische, republikanische Maschinerie kann darüber hinwegtäuschen. Wer schreit denn am lautesten nach Ruhe und Ordnung? Wer Ruhe und Ordnung braucht. Und wer braucht sie am meisten? Nun eben die Kapitalisten. Alle diejenigen, die einen weiten und bequemen Deckmantel brauchen, um darunter etwas zu verstecken, alle diejenigen, die im Verborgenen arbeiten wollen, um desto ungenierter ihre Geschäfte des Volksvertrages und der kapitalistischen Ausbeutung betreiben zu können. Ruhe und Ordnung das bedeutet für jene Elemente, sich zu mühen durch anderer Arbeit, Emporkommen durch Anderer Leistung! Das bedeutet erwerben, erkranken, verdienen, genießen, ruhen, verdauen. Das bedeutet für das Proletariat Verelendung der gesamten Lebenshaltung, Vernichtung der letzten Erregungsfähigkeit der Revolution, Reuetaublung und Verhäufung des alten Regiments, kurzum: Sieg des Kapitalismus auf der ganzen Linie, die alte Zeit und das alte Elend. Das möge sich die Arbeiterschaft gesagt sein lassen und danach das Geschrei nach Ruhe und Ordnung beurteilen.

Ruhe und Ordnung! Sie sind das Kriterium aller Reaktion und Rücksichtigkeit, Denkfaulheit und Geisteslosigkeit. Spieg- bühnen und Philisterium mögen als freiwilige oder unfrei- willige Helfershelfer des Kapitalismus ein Interesse daran haben. Die Arbeiterschaft bedankt sich dafür, an dem Leichensuch mitzu- wehen, das sie selbst und ihre berechtigten Interessen zudecken soll. Die Arbeiterschaft lehnt es ab, in dieses verlogene Geschrei mit- einzustimmen. Geheunden zu werden bei lebendigem Leibe ist kein angenehmes Gefühl, und man kann es dem von diesem Ge- schrei Betroffenen nicht verdenken, wenn er dabei schreit. Aber gehunden zu werden und dabei noch ein freundliches Gesicht zu machen, das kann man billigerweise nicht verlangen. Wer an der Schiffler sieht, mag das Bedürfnis haben, in Ruhe zu essen und zu verdauen. Wer aber mit Broden und Leberresten abgepeist wird, hat ganz andere Interessen. Zumal in unseren Tagen bildet das Geschrei nach Ruhe und Ordnung den Gipfel der Abgehörtheit und Lächerlichkeit. Lächerlich ist es, anzunehmen, die Revolution sei zu Ende, weil wir heute „Demokratie“ und „Republik“ haben. Wir stehen erst am Anfang der Entwicklung. Not und Tod sorgen dafür, daß die Geister nicht zur Ruhe kommen. Glaubt man wirk- lich, man könne diesen Zustand mit Worten und tönenden Phra- sen von Ruhe und Ordnung beschwören? Glaubt man wirklich, man könne den feuerstehenden Vulkan bändigen, wenn man ihn im Namen von Ruhe und Ordnung aufsoberet, gefälligst das Spucken zu unterlassen. Man gebe dem Volke sein Recht, dann wird Ruhe und Ordnung schon von selbst sich einstellen.

## Gewerkschaftliches

### Die Tarifverhandlungen im Bankgewerbe

Die am Montag abend verhandelten Verhandlungen über den Reichstaxi im Bankgewerbe wurden gestern selbst wieder auf- genommen. Am Montag waren die allgemeinen Bestimmungen des Tarifvertrages durchgesprochen worden. Dann folgte die Er- örterung der Besätze. Die Bankleitungen sind nicht gewillt, Zu- schläge zu den bisher gezahlten Gehaltsätzen zu gewähren, wäh- rend der Allgemeine Verband der Deutschen Bankbeamten erheb- liche Erhöhungen vorseht. Am Dienstag mittag 2 Uhr waren die Parteivorträge beendet. Der Schlichtungsausschuß wird nunmehr zur Vermittlung und Fällung des Schiedspruches schreiten. Man erwartet das Ergebnis Ende der Woche. Abhand werden die Leitungen der Ortsverbände zu dem Spruch Stellung nehmen. Die Annahme bzw. Ablehnung durch den Allgemeinen Verband der Deutschen Bankbeamten wird auf dem Verbandstag am 28. August erfolgen.

### Streik im Lebensmittel-Kleinhandel

Arbeiter! Arbeiterfrauen!

Damit die Lebensmittelversorgung für Euch bei dem Streik mög- lich ist, können wir heute schon mitteilen, daß mit 101 Arbeitgebern Tarifverträge mit dem Zentralverband der Angestellten abge- schlossen sind. Von diesen Abmachungen sind 3312 Angestellte be-

troffen. Da dies die größten Unternehmern von Berlin sind, ist die Versorgung für Euch gesichert. Es sind insgesamt 611 Ge- schäfte. In den nächsten Tagen werden Verträge in diesen Geschäften ausbilden mit der Aufschrift: „Hier sind die Forderungen der Angestellten bewilligt. Eigentum des Zentralverbandes der An- gestellten. G. Andree.“

### Achtung Typset!

Die Berliner Lohnbewegung der Typset hat ihr Ende erreicht. Am Montag abend tagte eine Meistererversammlung, die folgendes nach längerer Debatte beschloß:  
Der Stundenlohn beträgt vom Tage der Arbeitsaufnahme an 7,50 M., ab 6. Juli werden 650 Prozent Feuerungszulage bei Unfortdauer gezahlt. Durch diesen Beschluß sind aber schriftliche Verpflichtungen auf Zahlung obiger Zugeländnisse von einem früheren Termin nicht aufgehoben. Die noch zu erledigenden Streitfragen, wie Ferien, Fahrlohn usw. wurden der gemeinsamen Lohnkommission überwiesen. Obigem Beschluß stimmten die an- wesenden Organisationsvertreter der Gesellen zu. Es fand die gegenseitige Unterzeichnung statt. Der Altaltorstand.

Neue Verhandlungen über die Organisation der Betriebsräte. Die Betriebsrätezentrale, Münzstraße, legt Wert darauf, daß der Berliner Arbeiterschaft bekannt wird, daß neue Ver- handlungen zwischen der Berliner Gewerkschaftskommission und der Betriebsrätezentrale über die Frage der Betriebsräteorganisa- tion unmittelbar bevorstehen. Nachdem fünf von den durch die Gewerkschaftskommission und die Bfa veranstalteten Betriebsräte- versammlungen die Aufforderung an die veranfaltenden Körper- schaften gerichtet haben, die Verhandlungen mögen wiederholt wer- den, um zu einer Einigung zu kommen, hat die Betriebsräte- zentrale sich in einem Brief an die Gewerkschaftskommission zu neuen Verhandlungen bereit erklärt. In ihrem Briefe schreibt die Betriebsrätezentrale außerdem: Die immer wieder in der Öffentlichkeit auftretenden Gerüchte über unsere (der Betriebsräte- zentrale) Schuld an dieser verfahrenen Situation sind falsch. Wir glauben auf Grund der am 6. Juli mit Vertretern des Aus- schusses der Gewerkschaftskommission und der Betriebsrätezentrale- zustandekommenen Abmachungen über die noch streitigen Punkte, die Einigung erzielt zu haben. Leider wurden nachdem im Aus- schuß der Gewerkschaftskommission diese Abmachungen wieder fallen gelassen.“

Schneizer & Oppler, Mittelweg. Die Gewerkschaftsverhandlung in Sachen des gewerkschaftlichen Betriebskommunales B. u. a. a., findet Sonnabend, 10% Uhr vorm., vor dem Gewerbegericht Tege, Tege, 5. Juli.

## Groß-Berlin

### Von der Herrschaft Lanke

Das im Jahre 1913 von der Stadt Berlin erworbene und 1914 in städtischen Besitz übergegangene Gut Lanke hat sich namentlich in den letzten Jahren sehr erfreulich entwickelt. Die Zuschüsse, welche die ersten Jahre mit ihren Uebergangsschwierigkeiten er- forderten und welche sich in den einzelnen Jahren auf etwa 1/2 Mill. Mark bis 1 Mill. Mark — selbstverständlich einschließlich der Vergütung des Kaufpreises — beliefen, haben in Wirklichkeit schon während des Jahres 1919 sich in einen Ueberschuß ver- wandelt, der dem Jahre 1920 mit etwa 1 1/2 Mill. Mark zugute kommen wird, wie überhaupt das Jahr 1920 ein recht günstiges Ergebnis zu zeltigen verspricht. Lanke ist also nicht nur für die sozialen Aufgaben Berlins von großer Bedeutung, sondern es er- weist sich gerade unter den gegenwärtigen Verhältnissen als ein Vermögensobjekt, das einen wichtigen Bestandteil der städtischen Mitteln bildet. Die Kachricht — eine in einigen Zeitungen wieder- gegebene Behauptung einer Korrespondenz —, daß Lanke im letzten Jahre einen Aufschuß von 10 1/2 Mill. Mark erfordert habe, ist also völlig aus der Luft gegriffen.

### Ferienpflege bedürftiger Berliner Schulkinder

Für die Sommerferien hat dank dem Entgegenkommen der amerikanischen Quäker das städtische Jugendpflegeamt an 34 Sam- melstellen im Reichsbilde der Stadt Berlin eine großzügige Quar- tierpflege einrichten können. Männer und Frauen aller Berufs- kreise haben die örtliche Leitung der Ferienpflegeteile übernom- men. Durch rastlose Arbeit aller Helfer ist es gelungen, in der jezt zurückliegenden ersten Hälfte der Ferienzeit rund 300 000 Por- tionen zu je 1/2 Liter an bedürftige Kinder auszustellen. Nur solche Kinder werden zur Speisung zugelassen, die nachweislich bis zum Beginn der Ferien schon in der Schule Quäterspeise er- hieltten. Reanaufnahmen finden nicht statt. Die Quäterspeisen können nur unter folgenden, von den Quäkern erlassenen Bestim- mungen abgegeben werden:  
1. Der Zutritt zur Speisehalle ist nur den speisenden Kindern, den Ausstellern der Speise, sowie Vertretern des Jugendpflege- amtes und der amerikanischen Kinderpflegekommision gestattet. Eltern und Geschwister der speisungsberechtigten Kinder dürfen den Grundstätt nicht betreten.

# Die schwere Stunde

Roman

von Victor Panin

171  
Nach Hause zurückgekehrt, siehe ich lange regungslos in meinem Sessel und empfinde zum ersten Mal in meinem Leben eine Art von Feindschaft gegen meine Bücher auf der Etage; mich schmerzt es und beschämt es, sie anzusehen, ich verberge meine Augen, ich will vergessen, daß sie hier stehen, daß es meine Bücher sind . . .

Den 21. September.

Heute erhielt ich einen Brief von meiner Schwester. Sie wohnt in einer kleinen Provinzstadt und hat gewiß durch die Zeitungen von meiner Ankunft erfahren.

Von Kindheit auf waren wir Herzensfreunde. Wir waren nicht Zwillinge, aber wir sind an demselben Tage geboren, es war nur ein Jahr Unterschied zwischen uns beiden. Ich erinnere mich, wie unsere Geburtstage gleichzeitig gefeiert wurden und unsere Bekannten meinem Vater zweideutig zu- lächelten: Wie haben Sie denn das mit einer so mathemati- schen Genauigkeit ausgerechnet? Welch ein Spaß!

Mit den Jahren wurde unsere Kinderfreundschaft nicht etwa schwächer, sondern sie wuchs immer mehr. Das Leben brachte uns immer näher zusammen, und es bestand eine ganz besondere Harmonie des gegenseitigen Verstehens.

Die Abenddämmerung trat schon ein, kalt und ungemütlich war es in meinem Kabinett. Wir können aber nicht heizen, da wir nicht genügend Holz besitzen. Draußen ist es feucht und dunkel; am Morgen ist Schnee gefallen, der jedoch sofort zu schmelzen begann, und jetzt sind die Straßen mit riesigen Pfützen trüben, schmutzigen Wassers bedeckt. Die Häuser und Dächer sind naß, die Bäume von unendlichen Wassertropfen überfüllt und es scheint, als sei ringsum alles durchtränkt, von endlosen, bitteren Tränen angechwollen, die noch nicht Zeit auszutrocknen hatten. . . .

Gott, weshalb diese schwere Wehmut, die einem an der Seele nagt? Wohin soll man ihr entfliehen?

Ich schließe die Fensterläden, zünde das elektrische Licht

an, aber die Schatten verlassen das Zimmer nicht, sie schwirren ängstlich umher, verstecken sich hinter die Blätter- schränke, unter den Divan, unter meinen Schreibtisch. Manch- mal habe ich das Gefühl, als bewege sich hier jemand Un- sichtbares, als seufzte jemand; ich sehe mich um: es ist nie- mand zu sehen.

Zum zweiten Male beginne ich den Brief der Schwester zu lesen: „Kolja, mein Lieber“, schreibt sie, „du bist zurück- gefehrt? Kannst du dir vorstellen, wie gern ich dich sehen möchte? Es erscheint mir jetzt als unerreichbares Glück. Aber wie kann man denn reisen? Die Züge gehen nicht, alles ist in Unordnung. Fünf Jahre. . . Gott, wie wenig und doch wie viel! Als du auf dem Schlachtfelde warst, habe ich dir nicht oft geschrieben; es ist so eilig, ein widerwärtiges Ge- fühl erwacht in einem, wenn man weiß, daß jemand den Brief lesen wird. . . ein fremder, unbekannter, oft vielleicht feindselig gestimmter Zensur muß das Lesen, was für dich, du Nächster, Liebster bestimmt war. Weißt du, es ist dasselbe, als wenn jemand meine Brust öffnen und mit schmutzigen Fingern darin herumwühlen und dann . . . dann einem hin- einzupuden, verstehst du, einem direkt in die Seele spucken würde! Pui, was denken sich die Menschen doch für Scheuß- lichkeiten aus, um einander zu quälen. . . Sie sind schlimmer als die Tiere, die zerfleischen, weil sie hungrig sind, während die Menschen höhnischen, weil sie satt sind. . . . weil sie neue Mittel für ihren Fanatismus brauchen, um ihre abgestumpften Nerven zu kigeln.“

Ich weiß nicht, was und wie ich dir schreiben soll, Kolja. Diese Bezeugung ist bei mir seit Anfang des Krieges ein- getreten. Früher schrieb ich dir alles, was mir in den Sinn kam, über meinen Mann, meine Kinder, über meine Freuden und Leiden, so wie ich es mir selber erzählen würde, so wie es einem aus dem Herzen quillt. Seit dem Kriege jedoch überlege ich mir bei jedem Satze, ob das geschrieben werden darf, ob ich dich auch nicht betrüben würde. Du hast ja ohnehines nicht alle Taschen voll Freuden; wird das die Zensur nicht streichen?

Jetzt weiß ich, daß der Brief nicht durch die Zensur geht, aber du weißt ja, Kolja, es gibt Dinge, die schon dem Papier anzuvertrauen einem überhaupt schwer fallen.

Von Augenzeugen habe ich erfahren, daß dort auf dem Schlachtfelde die Menschen leiden, Schrecknisse, Todesangst

erleben, welche auch die genialste Feder nicht zu beschreiben imstande wäre. . . Und man sagt auch, daß wir Frauen das Leben schon allein deshalb segnen müssen, weil wir nicht gezwungen sind, in den Krieg zu ziehen. Ich weiß es wirk- lich nicht, du, du mußt dich jezt darüber äußern, nachdem du fünf Jahre lang in dieser Hölle gewesen bist. . . . Aber was die Frau anbetrifft, . . . so habt ihr nicht recht. . . . Vielleicht erleben wir aus der Ferne mit noch größerer, schneidenderer Schärfe die erdachten Schrecknisse des Krieges, die wir selbst schaffen. Wir, die fortwährend unter dem Damoklesschwert leben, fürchten uns vor jedem Geräusch, vor jedem Glodenschlag, vor jedem Postboten. Wir ver- lieren das Gleichgewicht im Leben. Wenn ich um mich blicke, so bemerke ich, daß fast alle Frauen ganz ihr inneres Gleichgewicht verloren haben, daß sie sehr leicht reizbar sind. Sie haben Angst vor dem Leben, alles ringsum ist ihnen widerwärtig, und in dieser Geistesverfassung tritt bei vielen eine moralische Abgestumptheit zutage, verstehst du, sie wollen sich betäuben, sich und das Leben vergessen, und sie möchten wie Spieler, die einmal zu spielen begonnen haben, auf der schiefen Fläche immer weiter hinabgleiten, — mag auch unten der Abgrund liegen.

Aber du wirst wohl fragen, wie ich lebe? Ich möchte dir bitter und wahrhaftig ins Gesicht lachen und dir sagen: Du, Bruder, erkläre mir, ob das ein Leben genannt werden kann? Du, ein großer Schriftsteller, du Kenner des Men- schenherzens, — nun, kein finsternes Gesicht! Sei nicht zu be- scheiden, ich werde es nicht wieder tun! — Du wirst mir viel- leicht erklären können, wozu der Mensch lebt, wenn das Leben für ihn ganz und gar zu einer unerträglichen Qual geworden ist? Ist es die Angst vor dem Tode? Du weißt, ich fürchte mich nicht vor dem Tode. Kaum bewußte Hoff- nungen? . . . ich habe keine. Und das ist doch alles. . . .

Vor sechs Monaten hat man mir meinen Mann zurück- gebracht, aber nicht den ganzen, oh nein! Einmal lünet es, ich öffne selbst die Türe und vor mir liegt auf einer Trag- bahre, non zwei Sanitätsleuten getragen, ein menschlicher Körperkummel, der mit einer Decke bedeckt ist, so daß nur das gelbe, abgemagerte Gesicht mit seinem einzigen Auge an- starrt, an Stelle des anderen Augens klappt eine dunkle Höhle.

(Fortsetzung folgt.)

